

# Morgen-Ausgabe.

# Saale-Zeitung.

Dreilundvierzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
 werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 30 Pf., falls aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. oder von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen. Bekanntmachung des 75 Pf. für Halle und umwärtig 1 Pf.  
 Erhalten täglich freimitt., Sonntags und Montags stumm.  
 Redaktions- und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschauerstr. 17; Nebengeschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591.

**Bezugspreis**  
 für Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher Zahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.  
 Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.  
 Alle unterzeichnet eingehende Manuskripte sind ohne Gewähr überkommen.  
 Stadtdruck mit C. C. Langemann: „Saale-Dr.“ gedruckt.  
 Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; der Geschäftsstelle Nr. 1152; der Annoncen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I.; Telefon Nr. 591.

Nr. 513. Halle a. S., Dienstag, den 2. November. 1909.

## Die Landtagswahlen in Baden.

(Von unserm W-Mitarbeiter.)

Die reaktionäre Gefahr ist vom badischen Lande abgewendet, das ist das endgültige Ergebnis der am Sonnabend vollzogenen Stichwahlen. Herr Wacker, der sehr geschätzte Führer des badischen Zentrums, hoffte diesmal seine Partei in eine dominierende Stellung zu bringen, und anstattete zu diesem Zwecke eine sehr lebhaft agitatorische Wahlkämpfe für das Zentrum, sondern auch für die ihm verbündeten Konservativen. Aber es ist ihm vordere gelungen! Nach dem Ausgange der Hauptwahlen, bei denen es das Zentrum auf 23 Mandate brachte, taten sich die Parteien der Linken, die bis dahin getrennt operiert hatten, zusammen und verständigten sich über die gegenseitige Wahlhilfe. Dieser „Großbündel“, über den man sich im Norden vielfach entrüstet hat, ist bekanntlich schon im Jahre 1905 abgeschlossen worden. Er fand sich jetzt ganz von selbst wieder zusammen, weil er bei der Eigenart der badischen Stichwahlen unentbehrlich ist. In Baden kommt eben jeder Kandidat in die Stichwahl, der in mindestens 15 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Wer dann die größte Zahl der Stimmen erhält, der gilt als gewählt, auch wenn er nicht die absolute Mehrheit aufweisen kann. Dieser Stichwahlmodus macht ein Wahlbündnis unentbehrlich. Auch muß zugegeben werden, daß die Verständigung zwischen Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten im allgemeinen gut funktioniert hat. Nur in drei Wahlkreisen ist es dem Zentrum noch gelungen, Erfolge zu erzielen. Die Konservativen haben es sogar nur auf zwei Mandate gebracht. Dafür haben die Demokraten sechs Mandate gewonnen, zu denen noch ein Freisinniger kommt. Der nationalliberalen Partei sind in der Stichwahl zu den bereits eroberten 4 Mandaten noch 13 Sitze zugefallen, sie schloß aber trotzdem mit einem Verlust von 6 Mandaten ab, da sie im vorigen Landtage durch 23 Abgeordnete vertreten wurde. Das beste Geschäft hat diesmal, genau wie in Sachsen, auch in Baden die Sozialdemokratie gemacht; sie ist von 12 auf 20 Mandate gestiegen, hat also acht Sitze gewonnen und steht als zweitstärkste Partei dicht hinter dem Zentrum. Im ganzen zeigt die neue Kammer im Vergleich mit der vorigen folgende Zusammenfassung:

	1909	1905
Zentrum	26 Abgeordnete	28 Abgeordnete
Sozialdemokraten	20	12
Nationalliberale	19	23
Demokraten	6	5
Freisinnige	1	1
Konservative	2	4

Unter allen Umständen ist eine Mehrheit von Zentrum und Konservativen, die für Baden die schlimmste Gefahr bedeutet hätte, abgewehrt worden. Der „Rud“ nach links ist auch in Baden zur Geltung gekommen, wie es ja nach der Wendung in der Reichspolitik zu erwarten war. Dafür wird freilich der Liberalismus um so mehr Arbeit mit der beträchtlich gewachsenen Sozialdemokratie haben. Die Sozialdemokratie wird jetzt positive Arbeit leisten müssen. Ob sie dazu im Stande ist, das muß sich erst noch zeigen.

## Deutsches Reich.

### Der Konflikt hinter den Kulissen.

#### Cirpitz, der zukünftige Reichskanzler?

Von einer Seite, die sich häufig als gut unterrichtet über den Berliner Barometerstand erwiesen hat, wird der W. S. A. M. geschrieben:  
 Herrn von Bethmann Hollwegs Lage ist alles andere als beneidenswert. Man hat ihm einen tüchtigen Sad voll Verprechungen mit auf den Weg gegeben: es würde schon gehen! Ueber das Auswärtige Amt sollte er sich einstweilen keine Sorgen machen; für Sieb und Parade auf diplomatischem Gebiet würde von a. b. e. r. e. r. Seite gefolgt werden, im übrigen sei die Geschichte, bei Nichtbehalten für einen tüchtigen Mann und alten Praktiker nicht zu schwer, und er werde bald heraus haben, wozuf es in Diplomatie ankomme. Hauptache sei das Innere. Der Reichs- und Staatsstarren sei gründlich schiefgegangen; an die Brauchbarkeit der sogenannten Reichsfinanzreform, wie sie das konservativ-kerikal-polsische Kartell zusammengeflüstert habe, glaube mit Recht kein Mensch. Alle Gutachten seien darin einig, daß keines der neuen Finanzgesetze praktisch durchführbar sei, und die Reichsnot werde in Bälde ihr Haupt erheben, dräuender als je. Nicht das Diplomatische, nein, die wirkliche, heiß ersehnte, große und wahrhafte Finanzreform sei seine Aufgabe; sie möge er annehmen und dann durchführen, leise, leise und flug, Geld müsse endlich wieder im Kassee fließen; es gehe so nicht weiter.  
 Herr v. Bethmann sagte ja; bei aller Willigkeit

unter gewissen Bedingungen. Vor allen Dingen: um die Finanzreform zu machen, brauche er Weisheit, den geschäftlichen und klüglichen seiner bisherigen Mitarbeiter. So wurde der Innenminister für den Reichstag des Innern Staatssekretär des Reichshofamtes.

Ein Staatssekretär des Reichshofamtes mit einem richtigen Programm, einem Programm, an dessen Spitze der Sach stand, daß, wenn man etwas erreichen wolle, es ehlich zugehen, und daß man von Erparnissen nicht nur reden, sondern auch endlich einmal damit beginnen müsse.

In dem schon erwähnten, dem neuen Reichskanzler mitgegebenen großen Sad voller Verprechungen fand sich auch die Zustimmung zu diesem Programm. Es sollte durchgeführt werden, rüchlos und gegen jedermann. So trat man in die Vorbereitung für den neuen Reichshaushalt ein. Und rüchlos gegen jedermann bezug Herr Vermuth dessen einzelne Ansätze unter die Lupe zu nehmen.

Womit die Vera der Konflikte, die hinter den Kulissen spielen ihren Anfang nahm. Von den Konflikten, bei denen es für den Außenlebenden naturgemäß unmöglich ist, zu erkennen, wo Recht und Unrecht liegen.

Herr v. C. E. m. konnte nicht auf sich nehmen, was ihm angeboten wurde. Er ging. Als Belohnung für sein in der Tat charaktervolles Verhalten erhielt er das Ameliorat — übrigens nicht auf lange Zeit. Am Entschluß würde er es ja auch kaum vor den Feind führen, denn seine Gewandtheit ist, wie bekannt, nicht die beste. Herr von Tirpitz konnte auch nicht. Aber er blieb. Damit ist die Lage, wie sie zurzeit ist, gekennzeichnet.

Das Vermuthete Programm ist von vornherein durchsichtig. Die Spoken heißen heute schon von den Dächern, daß Herr Wermuth sein längerer Wirken im Amt beschließen sein dürfte, als seinem ins hohe Hundelndemium verletzten Vorgesänger. Die Tonart milder Entfaltung, der selbstbehalten, selbständigen Vorstellungen den Großen gegenüber, die nun einmal dort in der Luft des Saales liegt, hat wieder Einzug gehalten. Tirpitz Triumphator!

Und der Reichskanzler? Trotz des großen Sacks voll Verprechungen scheint sein Arm nicht weit zu reichen. Sein Verhältnis zum Kaiser soll gemäß eine auffällige Annäherung an das westliche Land Graf Paladostsky annehmen. Die flotte Wit Wilms ist ihm verjagt. Kluge Leute rechnen bereits jetzt mit dem Tage, da der starke Herr der Lotte an seine Stelle treten mag. Und zwar auch für den Fall, daß der Kanzler sich an der 777 Frage der preussischen Wahlreform persönlich nicht allzu sehr die Finger verbrennen, sondern die klüglichen Herrn v. Mollke, dem Minister des Innern, überlassen sollte.

Uebrigens dürfte nicht Vermuth, sondern ein anderer, der im Namen des Reichskanzlers spricht, derjenige sein, dem als Ersten das „Mann über Bord“ demüthigt nachgedacht wird. Einer, den jetzt der Kiel aus den Vereinigten Staaten der Willkürmacht entgegenragt und der dort seit Wilms' Hinange aus verschont hat. Man nennt bereits seinen Nachfolger: nicht Unbekannt, sondern Stenrich.

### Parteitag der konservativen Partei für die Provinz Sachsen und das Herzogtum Anhalt.

Auf dem am Sonntag in Halle stattgehabten Parteitag, über dessen Verlauf von uns bereits kurz berichtet worden ist, wurde nach dem auf solchen „Parteitagen“ üblichen Ausfallen gegen den Liberalismus — u. a. erklärte Herr von Wedel, daß die Konservativen „dann doch zu gut seien, um sich als Schwanz des Freilins gebrauchten zu lassen“ — folgende Resolution angenommen:

Wir begrüßen es mit Stolz und Freude, daß es wesentlich durch das staatsmännische Geschick und die patriotische Aufopferung der konservativen Partei gelungen ist, die Reichsfinanzreform redtlich durchzuführen. Hierüber ist endlich der Schuldenwirthschaft im Reiche ein Ende gemacht und dieses nunmehr in den Stand gesetzt worden, seine Beamten auskömmlich zu bezahlen, die notwendigen Ausgaben für Meer und Flotte weiter zu leisten und damit die Wohlthat im Innern und unsere Machtstärkung nach außen zu fördern und zu fördern. Wir stellen mit besonderer Genugthuung fest, daß dieses Ergebnis sich hat erreichen lassen, ohne daß ein Winbiss mit einer anderen Partei geschlossen ist. Denn wir sind der Ueberzeugung, daß die konservative Partei weder mit dem Zentrum, noch mit dem Liberalen ein dauerndes Winbiss schließen darf, sich vielmehr darauf beschränken muß, Vereinbarungen mit diesen Parteien von Fall zu Fall zu treffen.

Wir richten an alle Konservativen die dringende Aufforderung, sich fest und einmütig um das konservative Banner zu scharen und auch in schwierigen Zeiten der bewährten Leitung unserer Partei die Treue zu bewahren. Alle tüchtigen deutschen Männer aber, welche zu politischer Mitarbeit bereit sind, bitten wir, sich mit uns zur Befähigung der gemeinsamen Feinde in Staat und Gesellschaft zu vereinen.

### Ueber den Religionsunterricht in den höheren Schulen

gibt der Evangelische Oberkirchenrat ein äußerst günstiges Urteil in einer Denkschrift ab. Das Urteil beruht auf den Religionsergebnissen der Generalsuperintendenten in den letzten 15 Jahren. Der Ev. Oberkirchenrat erklärt, daß aus den Religionsberichten der Generalsuperintendenten zwar hervorgeht, daß hier und da Religions-

lehrer vorkommen, die kein völlig unmittelbares Verhältnis zum kirchlichen Bekenntnis haben mögen, daß aber keinerlei Klage in den Berichten erhoben werde darüber, daß ein Widerspruch mit dem Bekenntnis der Kirche im Religionsunterricht gelehrt werde. Ungeleitet werde vielmehr von der Mehrheit der redigierten Anstalten „positiv bezeugt, daß der Unterricht, den die Revisoren kennen gelernt hätten, mit Wärme und Entschiedenheit im Geiste des evangelischen Bekenntnisses erteilt werde“. Sonstigen Klagen, die außerhalb dieser Berichte laut geworden sind, ist der Evangelische Oberkirchenrat zwar nachgegangen, aber er hat keinen Grund zum Einleiten gefunden. Er bemerkt weiter ausdrücklich, daß nach den Erfahrungen der Revisoren die theologisch freiere Richtung eines Religionslehrers durchaus nicht ohne weiteres zu der Annahme berechtigt, daß seine Lehrtätigkeit befruchtigt oder den Glauben bedrohend wirken muß.

Die in der Presse laut gewordenen Klagen geben, so meint der Ev. Ob.-K.-Rat, ein die wirklichen Verhältnisse nicht getreu widerpiegelndes Bild. Die Behörde erklärt schließlich, daß sie keinen Anlaß hätte, das überwiegend günstige Bild vom Stande des Religionsunterrichts an den höheren Schulen in Zweifel zu ziehen.

### Partei-Nachrichten.

#### Linksliberale Einigung in Süd-Deutschland.

Am Sonntag tagte in Frankfurt a. M. die Südwestdeutsche Parteikonferenz der freiwilligen Volkspartei. In der Delegiertenversammlung wurde die Abhaltung eines Parteitages des Südwestdeutschen Parteibundes für den kommenden Januar in Aussicht genommen und ein Referat von Dr. W. i. e. m. er einstimmig eine Resolution genehmigt, die der Hoffnung Ausdruck gibt, daß die Einigungsverhandlungen baldigt zum Abschluß gebracht werden mögen; ein Antrag auf Vereinigung der drei linksliberalen Fraktionen zu einer Einheitspartei möge möglichst bald einem allgemeinen Parteitag unterbreitet werden.

#### Aus Hannover.

Am 14. November findet zu Bremen eine Zusammenkunft statt, in der über einen Zusammenfluß aller linksliberalen Elemente in der Wahlkreise der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete zu gemeinsamer Arbeit und Agitation beraten werden soll. Gestellt ist für die Provinz Hannover eine ähnliche Einigung der linksliberalen Parteien heranzustellen, wie sie für Oldenburg-Dithmarschen bereits besteht.

Die politische Tätigkeit des katholischen Klerus wird durch eine Kadrist aus Baden recht grell beleuchtet. Der in Oberfrank herausgegebene „Katholik“ meldet einen Fall von Verquickung von Religion und Politik, der alles bis jetzt Dagewesene noch weit übertrifft. Während der Einsegnung der Leiche eines Kindes vor der Kirche ließ der Geistliche an die Anwesenden ein politisches Flugblatt verteilen, das der antierende Geistliche selbst verfaßt und mit seinem vollen Namen unterschrieben hatte. Es ist nicht eine brutale Störung des religiösen Gefühls und des christlichen Empfindens, so fragt mit Recht der Mitarbeiter des „Katholik“, wenn man nicht einmal mehr bei der kirchlichen Einsegnung einer Leiche vor der agitatorischen Aufdringlichkeit des fanatisierten Politikers und Parteimannes gefahrt ist? Diese und ähnliche Agitationsmittelchen haben, wie die badischen Landtagswahlen gezeigt haben, gerade den entgegengesetzten des vom Zentrum gewünschten Erfolges gehabt.

### Kleine politische Nachrichten.

**Der Reichstag.**  
 Wie eine Korrespondenz meldet, hat der Reichskanzler heute dem kaiserlichen Zivilkabinett die Mitteilung gemacht, daß der Reichstag am 30. November eröffnet werden wird.

**Protestveranstaltungen im Ruhrgebiet.**  
 Aus Dortmund wird gemeldet: Im Ruhrgebiet fanden zahlreiche Protestveranstaltungen gegen den vom Bergbaulichen Verein beschätzigen Arbeitsnachweis statt. Der Handelsminister hat gebeten worden sein, doch zu wirken, daß der Arbeitsnachweis nur auf parteilicher Grundlage zur Einführung gelange. Die Rechner drachten zum Ausdruck, daß wenn der Bergbauliche Verein auf seinem Beschlusse beharre, ein Streik unausbleiblich sei.

**Der Verbandstag heiliger Verkehrsvereine.**  
 Dem die Abgeordneten Senz zu Herrnsheim, Wolfram und Penndrich beimohnen, beschloß, eine Resolution an die Regierung zu richten, worin diese ersucht wird, sich der Einführung von Schiffahrtsabgaben mit allen Kräften zu widersetzen.

### Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kaiser trat gestern morgen vom Neuen Palais aus im Automobil in Berlin ein und begab sich nach kurzem Aufenthalt im königlichen Schloß nach dem Schaulpflaume, um dort einer Probe zu Willenbrunn, „Der deutsche König“ beizuwohnen.

Bei der gestern mittag um 12 Uhr erfolgten feierlichen Enthüllung des Wommsen-Denkmal im Vorgarten der Berliner Universität war der Kaiser durch den Prinzen August Wilhelm vertreten.

Die Kaiserin empfing gestern mittag im Neuen Palais im Anschluß an die bei dem Kaiser stattgefundenen Audienz den Vorstand der 6. ordentlichen Generalsynode 1909.

Die Patentkette beim jüngsten Sohne des Kronprinzenpaars, welcher am 6. November im Mar-











